

Merz nach Budapest

Von Peter Gauweiler

Stand: 08:21 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



WELT-Kolumnist Peter Gauweiler

Quelle: Frank Zauritz

Wer die Zukunft Europas verstehen will, muss nach Mitteleuropa schauen. Während in Brüssel Gremien tagen, handeln Budapest und Prag. Statt reflexhaftes Konferenz-Hopping mit Gleichgesinnten zu betreiben, sollte Friedrich Merz den Brückenschlag zu Viktor Orbán wagen.

Eine alte, chinesische Weisheit, die Suzie zugeschrieben wird, lautet: „Wenn du mit deiner Strategie nicht weiterkommst – dann ändere sie.“ Selten war dieser Rat aktueller als heute. Für den Westen insgesamt, und besonders für Friedrich Merz.

Schlag nach bei Donald Trump! Der amerikanische Präsident führt der erstaunten Welt dieser Tage mit seinem Gaza-Friedensplan vor: Unkonventionelles Denken und Handeln, auch in der großen Politik, hilft also doch! Auch Trumps Wagnis in Alaska war nichts Geringeres als eine Rückkehr zur Politik als Kunst des Möglichen. Die Wiederaufnahme von Gesprächen mit Moskau und Peking, der Versuch, durch persönliche Begegnung und menschliche Gesten Kanäle zu öffnen, wo andere seit Jahren eifern, sie zuzuschütten – all das war der Versuch, eine in kürzester Zeit pathologisch versiegelte Weltordnung aufzubrechen und Bewegung in die Fronten einer nach dem Wunder von 1989 durch Teufelslist wieder verfeindeten Erdbevölkerung zu bringen.

Doch kaum war der Gipfel von Alaska beendet, setzten London, Paris und – leider – auch Berlin alles daran, diese Wende zum Besseren zu zerreden. Schon die Woche eins nach Alaska war gekennzeichnet – bei aller Beflissenheit gegenüber dem amerikanischen Wunderknaben – vom simultanen Hintertreiben der dort abgesprochenen ratifikatorischen Prozesse. Als Erstes fiel das bereits angekündigte Folgetreffen von Trump und Putin in Moskau unter Einbeziehung des ukrainischen Präsidenten.

Den amerikanischen Pragmatismus zu unterlaufen, war den Europäern wichtiger als ihn zu nutzen. Was innerhalb von Stunden aufbrach, war die alte europäische Eitelkeit, sich trotz Machtverlust für den eigentlichen Steuermann der Weltgeschichte zu halten. Gerade jetzt, wo in den USA einer am Ruder ist, der spricht, wie Huckleberry Finn den Mississippi hinunterfährt – hundertprozentig ungebunden, aber mit sicherem Instinkt für jede Strömung.

So kam es, dass Washington inzwischen einen zweiten Weg einschlägt: Trump hält sich aus der Ukraine zunehmend heraus, lässt aber die Europäer mit gigantischen Aufträgen bei amerikanischen Rüstungsfirmen bezahlen. Lockheed, RTX-Corporation, Northrop und Boeing stehen jetzt auf der Matte. Bis zu 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU-Länder sollen künftig in Waffen investiert werden, die großenteils aus US-Fabriken stammen, um sie an der Front zu verschleifen. Das ist kein Friedensplan, sondern ein umgekehrtes Transferprogramm: Kapital und Verantwortung wandern nach Maryland und Virginia, die politische Handlungsunfähigkeit der alten Welt wird durch noch höhere Schulden für Militärausgaben camoufliert.

Währenddessen überbieten sich EU-Politiker in moralischer Rhetorik. Worte statt Taten. Die letzten Wochen haben gezeigt, wie brüchig unsere Sicherheitsfassade ist: zum wiederholten Mal und in wenigen Tagen eine Lahmlegung deutscher Flughäfen durch Drohnen, von denen kein einziges Bild gezeigt werden konnte. Dafür Terminals vollgestellt mit Feldbetten und, wie zu erwarten, als erstes Kompetenzstreitigkeiten zwischen Luftfahrtämtern und der militärischen Flugabwehr, beide zusammen mit über 5.000 Planstellen ausgestattet. Dabei sollte einem Pistorius' Parole von Deutschlands „Kriegstüchtigkeit“ in den Sinn kommen und wie illusionär und wirkungslos das Ganze ist. Von der verfassungsrechtlichen Anstößigkeit gar nicht zu reden.

Ganz anders die Signale aus Mitteleuropa. In Budapest und Prag haben sich unlängst die Gewichte verschoben. Während westliche Regierungen Ungarn weiterhin moralisch aburteilen, suchten dort zwei alte politische Instinkte den

Dialog: [Angela Merkel und Viktor Orbán](#)

[https://www.welt.de/politik/ausland/article68dd6f3b9ab5e8bd613df9e6/trotz-gespannter-beziehung-einmal-kanzlerin-immer-kanzlerin-orban-empfaengt-](https://www.welt.de/politik/ausland/article68dd6f3b9ab5e8bd613df9e6/trotz-gespannter-beziehung-einmal-kanzlerin-immer-kanzlerin-orban-empfaengt-merkel-in-budapest.html)

[merkel-in-budapest.html](https://www.welt.de/politik/ausland/article68dd6f3b9ab5e8bd613df9e6/trotz-gespannter-beziehung-einmal-kanzlerin-immer-kanzlerin-orban-empfaengt-merkel-in-budapest.html) . Ihr Treffen markiert mehr als nur ein Wiedersehen – es ist der Beginn eines möglichen Brückenschlags, eines zögerlichen Gesprächsfadens zwischen den politischen Lagern Europas. Merkel, die einst Architektin der Grenzöffnung war, erkennt offenbar, dass sich Europa keine neuen Mauern leisten kann – weder physisch noch geistig.

Gleichzeitig triumphierte in Prag der Unternehmer Andrej Babis, dessen wirtschaftliche Erfolge und Unabhängigkeit ihn zu einer Ausnahmefigur machen. Der Milliardär, der aus eigener Kraft eines der größten mitteleuropäischen Agrar- und Logistikimperien aufgebaut hat, verkörpert ein Selbstbewusstsein, das westliche Beobachter oft irritiert. Der neue starke Mann in Prag vertraut auf eigene Leistung, nicht auf fremde Subvention. Dieses Alleinstellungsmerkmal – politisch frei, ökonomisch solide, kulturell verwurzelt – ist es, das Prag heute wieder zu jener selbstbewussten, europäischen Hauptstadt macht, die sie schon einmal war: Sitz des Kaisers Karl IV., geistiges Zentrum des Heiligen Römischen Reichs, Ursprungsort der ersten Universität nördlich der Alpen, lange, bevor Paris und London das kulturelle Monopol beanspruchten.

Heute, 600 Jahre später, zeigt sich erneut: Wer die Zukunft Europas verstehen will, muss nach Mitteleuropa schauen. Während in Brüssel Gremien tagen – die nach dem Lissabon-Vertrag gar keine Kompetenz für Außenpolitik besitzen (Art. 275 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union – AEUV), handeln Budapest und Prag – pragmatisch, national, aber dialogbereit. Die EU, die bis heute die Europäische Menschenrechtskonvention nicht rechtswirksam unterzeichnet hat – obwohl dies im Lissabon-Vertrag feierlich vereinbart war (Art. 6 Abs. II Europäischer Unionsvertrag – EUV) – spricht gern über Werte, scheitert aber am eigenen Recht.

In dieser Lage wäre es töricht, weiter auf die Formel „mehr EU-Zentralismus“ zu setzen, weil sie in Wahrheit weniger Verantwortung bedeutet. Die EU trägt eine solche Verantwortung schon aus Rechtsgründen nicht. Politik im Sinne von Richtungsbestimmung setzt aber voraus, dass die Akteure wirklich Verantwortung tragen, und das geschieht nicht dort, wo man sich auf das risikolose Hereinreden-dürfen beschränkt.

Deshalb sollte Friedrich Merz, der doch als selbstbestimmter Stratege gesehen werden will, den Satz von Suzie ernstnehmen: „Wenn du mit deiner Strategie nicht weiterkommst, ändere sie“. Der alte Kurs – reflexhaftes Konferenz-Hopping mit Gleichgesinnten und die Propaganda von der eigenen hohen Warte – hat ihn nicht weitergebracht. Nun wäre es Zeit, die Perspektive zu wechseln.

Achtung, Kanzler!

Nicht sich am Dauerkonflikt mit Angela Merkel abarbeiten, sondern die von ihr geöffneten Freiräume pragmatisch nutzen. Nicht wieder auf Distanz zu Budapest gehen, sondern dort die Gesprächsbrücken nutzen, die Berlin schon lange bräuchte. Der Ungar steht wirtschaftlich stabiler und in Sachen außenpolitischer Sicherheit geschlossener da als viele seiner Kritiker. Budapest ist ein Labor der Selbstbehauptung. Die großen deutschen Unternehmen, vor allem aus Bayern, sind dort zu Hause – Bayerische Motoren Werke, Siemens, Audi, Knorr-Bremse und zahllose Mittelständler genießen an der Donau die Vorzüge einer freien Währung. Von der singapur-sauberen Metropole Budapest und ihrem Glanz gar nicht zu reden.

Achtung Kanzler! Auch die Finanzmärkte haben längst begonnen, den Kurs zu ändern und erkannt, dass jedenfalls so wie bisher der Ukraine nicht zu helfen ist. Der amerikanische Investmentriesen BlackRock – Merz' langjährige Firma – hat sein ursprünglich angekündigtes Investitionsprogramm für die Ukraine schon Mitte dieses Jahres zurückgezogen. Selbst die Wirtschaft folgt damit dem Prinzip, das die europäische Politik erst wieder lernen muss: Rechtzeitig Kurs zu wechseln, wenn eine Strategie nicht mehr trägt.

Wer heute versucht, Trump seine Vermittlerrolle mit Putin auszureden, schadet nicht Washington – sondern Kiew. Frieden entsteht nicht durch Moral, sondern durch Gespräch.

Oder, um mit der Kölner Rechtsphilosophin Frauke Rostalski, Mitglied des deutschen Ethikrates, zu schließen: Das „Moralisieren“, schreibt sie im „Spiegel“, habe schon in der Klimadebatte „zu Diskursverschlüsselungen geführt“. Auch bei anderen Konfliktthemen (Corona, Ukraine) hätten sich „die Fronten teils so verhärtet“, dass jedes Gespräch abbricht. „Der Lösung des Problems bringt uns all das keinen Schritt näher.“

WELT-Kolumnist Peter Gauweiler ist Rechtsanwalt und Publizist. Er war viele Jahre CSU-Politiker und unter anderem stellvertretender Parteivorsitzender.

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2025

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen
<https://epaper.welt.de>